

Wahlprogramm



Inhaltsverzeichnis

Grundsatzklärung.....	2
Öffentlichkeit und Demokratie schaffen Lebensqualität	3
Öffentlichkeit.....	3
Demokratie und Gemeinwesen.....	3
Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen	4
Mehr Demokratie in der Bezirksvertretung	4
Lebensqualität in einer ökologischen und sozialen Josefstadt	6
Lebensqualität und Umwelt	6
Lebensqualität und öffentlicher Raum.....	7
Lebensqualität und nachhaltige Mobilität	9
Lebensqualität und Soziales	10
Lebensqualität und Frauen.....	12
Lebensqualität und Kinder bzw. Jugendliche	13
Lebensqualität und Bildung.....	14
Lebensqualität und Migrant*innen.....	15
Lebensqualität und Weltoffenheit	16
Lebensqualität und Kultur	16
Lebensqualität und Senior*innen	17
Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaften	18

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Grundsatzklärung

Ein lebenswerter Bezirk in einer solidarischen Gesellschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt

Die programmatische Grundsatzklärung der Grünen Alternative Josefstadt ist eine Aufforderung aktiv zu werden sowie Mittel und Wege für Mitbestimmung und Mitgestaltung aufzuzeigen. Zugleich ist sie Leitfaden und Richtschnur. Wir stellen unsere politischen Positionen zur Diskussion und wollen gemeinsam mit den Bürger*innen dieses Bezirks Möglichkeitsräume öffnen. Das Programm der Grünen Alternative Josefstadt ist das prozesshafte Ergebnis von Basisdiskussionen und politischen Auseinandersetzungen derjenigen Menschen, die bei der Grünen Alternative Josefstadt, den Wiener Grünen und deren Teilorganisationen zusammenarbeiten.

Diese Grundsatzklärung ist eine deutliche Positionsbestimmung als Ausdruck unseres progressiven, ökosozialen Selbstverständnisses und notwendige Abgrenzung gegenüber anti-ökologischen, patriarchalen, nationalistischen und reaktionären Positionen. Sie ist Ausdruck unserer Wertvorstellungen und langfristigen, politischen Ziele jenseits der Tagespolitik. Zudem ist diese Grundsatzklärung ein Angebot an alle interessierten Menschen zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit uns. Lernen Sie uns z.B. auf Veranstaltungen, bei Aktionen, bei örtlichen Treffen der Grünen Alternativen Josefstadt oder auf unseren Online-Plattformen kennen.

Die Grüne Alternative Josefstadt versteht sich als fortschrittliche und linksalternative (Bezirks-) Partei. Das bedeutet, dass wir für politisch, ökonomisch und gesellschaftlich marginalisierte Partei ergreifen sowie partikuläre Interessen und Machtverhältnisse offenlegen und verändern wollen. Wir bekennen uns zu den Grünen Grundwerten: solidarisch, ökologisch, feministisch, basisdemokratisch, gewaltfrei und selbstbestimmt. Von unseren Grundwerten und unserer Vision der Nachhaltigkeit leiten wir klare Perspektiven für die verschiedenen Handlungsfelder der Politik sowie das mittel- und kurzfristige politische Handeln und die Erarbeitung konkreter Konzepte ab.

Konkret bedeutet dies, dass Teilhabe, Öffentlichkeit und Demokratie auszuweiten. Wenn Nachhaltigkeit die Vision für die Entwicklung und Kultur unserer Gesellschaft ist, dann ist Lebensqualität der Maßstab für die konkrete Gestaltung der Lebensbedingungen und Entwicklungschancen der Menschen. Ein lebenswerter Bezirk in einer solidarischen Gesellschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt – das ist unsere Vision von einem guten Leben für Alle. Diese Vision beschreibt eine offene Zukunft, die wir mit unseren Werten, Prinzipien und unserer Politik mitgestalten wollen.

Die Übersetzung unserer Utopie einer solidarischen und ökologischen Gesellschaft – in der Ausbeutung und Diskriminierung sowie die Vernichtung der Umwelt überwunden sind – in große und kleine politische Schritte gibt uns viel Kraft für unsere politische Arbeit und die Durchsetzung von echten Veränderungen.

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind,
beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Öffentlichkeit und Demokratie schaffen Lebensqualität

Öffentlichkeit

Wenn Lebensqualität der Maßstab unserer Leitidee ist, so weisen wir Grüne Alternative Josefstadt darauf hin, dass dies eng mit der Ausweitung des Öffentlichen verbunden ist. Öffentlichkeit ist wesentlich für unsere Demokratie! Öffentlichkeit ist das was vor der Allgemeinheit in Erscheinung tritt, was hörbar und sichtbar ist. In der Öffentlichkeit haben Menschen die Möglichkeit, unterschiedliche Positionen einzunehmen und zu artikulieren. Ein weiteres Merkmal ist daher die Vielfalt der Perspektiven. Wesentlich in diesem Zusammenhang ist auch der zeitliche Horizont. Öffentlichkeit übersteigt die individuelle Lebensspanne und macht dadurch erst Politik möglich, indem sie Menschen an dem teilhaben lässt, was ihnen über Generationen hinweg gemeinsam ist.

Privatisierungsprozesse verringern die Sphäre des Öffentlichen immer mehr, egal ob es sich um Bildung, Gesundheit oder Kultur handelt. Die Privatisierung stellt eine Kernstrategie gegenwärtig dominanter, neoliberaler Politik dar, die darauf abzielt Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gleichermaßen Marktprinzipien entsprechend zu restrukturieren. Die Auswirkungen dieser Politik beschränken sich nicht auf die 'Große Politik', sondern machen sich auch in den Gemeinden und Bezirken wie der Josefstadt bemerkbar.

Derzeit sehen wir Öffentlichkeit und Privatheit fundamentalen Transformationsprozessen unterworfen. Auf der einen Seite wird die Öffentlichkeit zunehmend privatisiert, auf der anderen Seite kommt es zu einer Veröffentlichung des Privaten. Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Wohnen, Bildung und Gesundheit dienen dem Gemeinwohl ebenso wie lebenswerte öffentliche Räume der Teilhabe und Demokratie. Öffentlichkeit im umfassenden Sinne ist daher fürs Grätzel, den Bezirk, ja für die Gesellschaft aus unserer Sicht notwendig.

An dieser Stelle möchten wir besonders aus einem feministischen Blickwinkel den Wandel von Öffentlichkeit und Privatheit hervorheben und auf drei Aspekte genauer eingehen. Erstens kommt es im öffentlichen Diskurs verstärkt zu einer Retraditionalisierung der Geschlechterrollen. In weiterer Folge kommt es zu einer Individualisierung, das heißt einer Umdeutung gesellschaftlicher Konflikte in individuelle Wahlentscheidungen und schließlich ist eine neoliberale Ent-Politisierung zu beobachten, in der gesellschaftliche Konflikte zwar öffentlich diskutiert werden, Lösungsansätze sich aber am Einzelnen orientieren.

Wir halten den Ansatz Fragen des Gemeinwohls zu Fragen individueller Verantwortung zu machen insgesamt für problematisch und setzen uns für eine Re-Politisierung des Öffentlichen ein. Wir wollen allen Menschen, insbesondere politisch, ökonomisch sowie gesellschaftlich Marginalisierten, den Zugang zur politischen und demokratischen Teilhabe ermöglichen. Voraussetzung dafür ist jedoch die materielle Absicherung der Menschen, was angesichts steigender Arbeitslosenzahlen, steigender Armutgefährdung usw. wichtiger denn je ist. Die Partizipation an der Öffentlichkeit beschreibt eine Politik, bei der die Bevölkerung mitreden, mitgestalten und mitentscheiden kann. Gerade die unmittelbare Gestaltung des Lebensumfeldes ist ein wesentliches Anliegen Grün Alternativer Politik. An der konkreten Grätzel- und Bezirksgestaltung partizipieren zu können, garantiert Lebensqualität. Diese Vision kann nicht „von oben“, von Expert*innen oder Politiker*innen verordnet werden. Das setzt einen Prozess der Re-Politisierung voraus, der sicherstellt, dass alle an diesem Prozess teilhaben können und auch Entwicklungsansätze von unten erfordert.

Demokratie und Gemeinwesen

Demokratie verkörpert für uns einen hohen Wert. Demokratie bedeutet für uns Selbstbestimmung, Freiheit, Gleichheit aller Menschen ohne Privilegien Einzelner, Mitsprachemöglichkeiten und

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Mitregierung in allen Bereichen des Gemeinwesens. Die Gleichheit aller Menschen ist leider nur theoretisch verwirklicht wie Rassismus in unserer Gesellschaft oder die große Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zeigen. Frauen gehört z. B. lediglich 1 % des gesamten Vermögens der Welt. Auf Österreich bezogen ist die Einkommenslage der Frauen gegenüber den Männern auch bei gleicher Qualifikation immer noch wesentlich schlechter.

Stärkung der Demokratie auf allen Ebenen

Wir müssen energische Schritte setzen, wenn wir den Gleichheitsgedanken der Demokratie mit Leben füllen wollen. Demokratie ist ein dynamischer Prozess. Die Ermächtigung der Schwächeren, Empowerment ist angesagt! Gut ein Viertel der Menschen, die in Wien leben, ist höchstens auf Bezirksebene wahlberechtigt. Das wollen wir ändern! Es kann in diesem Sinne nie genug Demokratie geben!

Bestimmte Bereiche, wie die "Wirtschaft", entziehen sich dem demokratischen Zusammenhang und der Mitsprache und Regelung der Bürger*innen. Internationale agierende Unternehmen z.B. lobbyieren direkt und versuchen sich der demokratischen Kontrolle zunehmend zu entziehen. Gleichzeitig verfügen viele Staaten nicht über die nötigen Regelungsmechanismen. Internationale Zusammenarbeit ist hier notwendig. Die neoliberale Idee einer Wirtschaft, die unabhängig von der Gesellschaft, demokratischer Kontrolle und Einflussnahme des staatlichen Gemeinwesens am Besten funktioniert, halten wir für falsch. Wir sind der Meinung, dass jeder Bereich der Machtausübung sich den demokratischen Grundsätzen zu stellen hat. Die öffentliche Hand muss sich zudem bei der eigenen Beschaffung klar an Demokratie, Inklusion, Diversität, Teilhabe, Regionalität und Nachhaltigkeit orientieren.

Demokratische Entscheidungen und Prozesse müssen transparent für alle Bürger*innen sein. Die gewählten Repräsentant*innen und Beamt*innen müssen ihr Handeln vom Bezirk bis hin zur inter- und supranationale Ebene z.B. der EU nachvollziehbar machen. Misstrauen gegenüber den Bürger*innen und mangelnder Kommunikationsbereitschaft setzen wir unsere Forderung nach Transparenz auf allen Ebenen und in allen politischen Fragen entgegen. Wir setzen auf die Intelligenz und Kommunikationsfähigkeit der Bürger*innen. Bürger*innen sind Expert*innen in eigener Sache und sollten entsprechend verstärkt am demokratischen Prozess teilhaben.

Mehr Demokratie in der Bezirksvertretung

Die Wiener Stadtverfassung sieht vor, dass sich Bezirksvorsteher*innen nicht an Beschlüsse der gewählten Bezirksvertretung - dem Bezirksparlament - halten müssen. Die Bezirksvertretung wählt zwar de facto die Bezirksvorsteher*innen, vielen ist jedoch nicht bewusst, dass es bei dieser Wahl nur einen einzigen Kandidat*in geben darf, nämlich von der stimmenstärksten Partei. Nach der Wahl sind die Bezirksvorsteher*innen nicht die politischen Vertreter*innen der Bezirke, sondern rechtlich dem Bürgermeister der Stadt Wien unterstellt und somit weisungsgebunden. Obwohl die Bezirksvertretung das direkte und demokratisch gewählte Organ auf Bezirksebene ist, hat sie z. B. nicht die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegen die Bezirksvorsteher*innen. Diese Regelungen aus der Wiener Stadtverfassung ist ein Relikt aus Zeiten, in denen Österreich im wesentlichen zwischen zwei Parteien aufgeteilt war und man es mit Demokratie und klaren Verwaltungsabläufen nicht so ernst nahm: Nach "monarchischem" Prinzip sind die meisten der ohnehin spärlichen Bezirkskompetenzen nicht den Bezirksvertretungen, sondern den Bezirksvorsteher*innen zugeordnet.

Wir möchten, dass die Josefstädter Bürger*innen die öffentlichen Angelegenheiten im Bezirk als ihre eigenen betrachten, wovon sie selbst und unmittelbar betroffen sind. Wir verstehen den Bezirk als Allgemeingut, das von jedem und jeder Bürger*in mitgestaltet werden kann. Es ist klar, dass diese

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

basisdemokratische Einstellung nicht dominierende Meinung und Praxis ist, sodass zunächst einmal die Barrieren der Teilhabe beseitigt werden müssen. Die Bürger*innen müssen folgerichtig rechtzeitig und transparent informiert werden. Ein GRÜNES Amtshaus in der Josefstadt ist offen und bürger*innenfreundlich. Wo immer es nach der Stadtverfassung möglich ist - streben wir direkte Beteiligung und Transparenz an.

Um Öffentlichkeit und Demokratie in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

Das Amtshaus zu öffnen. Dies umfasst das Gebäude, die Institution und ihr Selbstverständnis:

- Fortsetzung der Lokalen Agenda 21 in der Josefstadt: Bürger*innen gestalten ihr Umfeld, die Politik unterstützt die Vorhaben und Wünsche der Bevölkerung
- Lokalausgänge, Ortsverhandlungen und andere Ereignisse im Bezirk werden angekündigt und die Bürger*innen werden eingeladen mitzureden. Volles Rederecht für die Bevölkerung bei den Sitzungen aller Gremien der Bezirksvertretung
- Information der Bevölkerung über alle Aktivitäten der Josefstädter Bezirksvertretung: Veröffentlichung der anstehenden bzw. beschlossenen Anträge und Aktivitäten wie z. B. Kulturkalender via Internet, in Schaukästen, Aussendungen, Informationsblättern und Ähnlichem. Die Informationen sind gendergerecht und mehrsprachig
- Demokratisierung der Gestaltung des Bezirksfestwochenprogramms
- Bürger*innen werden angehört und in die politischen Entscheidungen aktiv einbezogen;
- Einführung eines Bürger*innenbudgets
- Anträge vor der Abstimmung müssen verständlich dargelegt und erläutert werden
- Für ein "Weisungsrecht" von unten: Für die Bezirksvorstehung sind die Beschlüsse in den Ausschüssen und Kommissionen bindend.
- Ausstellungen im Amtshaus
- Schulgruppen werden eingeladen
- Foto- und Malwettbewerbe zum Thema Amtshaus
- die Beratungen im Amtshaus werden ausgeweitet
- die Bezirksvorstehung ist für alle direkt ansprechbar (unterwegs im Bezirk, telefonisch, terminlich, in sozialen Medien, etc.)

Das Empowerment von Frauen:

- gendergerechte Sprache bei Formularen und Aussendungen
- gendergerechte Vergabe der finanziellen Ressourcen des Bezirks
- Eine Frauenquote von mindestens 50% in allen Entscheidungsgremien des Bezirks

Das Empowerment von Bürger*innen. Zu ermächtigen bedeutet auch in den öffentlichen Raum zu treten. Dafür muss der öffentliche Raum kennengelernt, geschätzt und genutzt werden:

- Josefstädter Spaziergänge
- Die Josefstadt tanzt! - wechselnde Locations im Bezirk
- Die lange Nacht in der Josefstadt - alles ist offen und zugänglich
- Bunte Josefstadt
- Historische Josefstadt: Zeitzeug*innen berichten aus dem eigenen Leben

Den Ausbau der demokratischen Beteiligung für eine weltoffene und zukunftsgerichtete Josefstadt:

- Wahlrecht für alle, die am jeweiligen Stichtag hier wohnen
- Kinder- und Jugendparlamente stärken
- Demokratie in Betrieben, Vereinen, Bildungseinrichtungen usw. stärken

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Lebensqualität in einer ökologischen und sozialen Josefstadt

Lebensqualität bedeutet für uns Lebensumstände herzustellen, die eine materiell gesicherte Existenz mit materiellen wie immateriellen Grundrechten und Freiräumen sowie möglichst hohem persönlichem Wohlbefinden ermöglichen. Die Lebensqualität hängt auch von der persönlichen Wahrnehmung der Lebenssituation und individuellen Faktoren ab. Die Grundlagen und Rahmenbedingungen sind aber gesellschaftlich, kulturell und politisch für Alle zu schaffen. Genau an dieser Stelle wollen wir die Verbindung zur Öffentlichkeit herstellen.

Lebensqualität und Umwelt

Die Josefstadt ist der Bezirk Wiens mit den wenigsten Grünflächen. Wir stehen vor einer massiven Klimakrise, die uns weitere Hitzesommer bescheren wird. Der Nutzungsdruck auf die wenigen Parkanlagen ist hoch. Doch Umweltschutz geht über den Erhalt und Ausbau von Grünflächen hinaus. "Grüner Umweltschutz" bedeutet nicht Verzicht und Askese, sondern vielmehr eine Steigerung der Lebensqualität. Sei es dadurch Grünflächen zu erhalten und zu schaffen oder durch den Genuss von biologischen Lebensmitteln. Selbstverständlich muss der Zugang dazu allen sozialen Schichten möglich sein. Die Josefstadt kann die Umweltprobleme allerdings nicht im Alleingang lösen. Auch werden die Rahmenbedingungen oft von außen vorgegeben. Umso wichtiger ist es, dass die Josefstadt in ihrem Einflussbereich eine Vorbildfunktion einnimmt und sowohl in Richtung Stadt-, als auch Bundes- und EU-Ebene wichtige Signale für den Umweltschutz setzt. Von Seiten des Wiener Gemeinderates gibt es ambitionierte Programme (z. B. das Klimaschutzprogramm) die es umzusetzen gilt.

Wir gehen in der Josefstadt voran. Wir fordern **1000 Bäume** für die Josefstadt, um lokal gegen die Klimakrise zu kämpfen und für eine kühle Josefstadt zu sorgen. Egal ob Einzelbaumpflanzungen, Baumreihen oder Alleen. Eng damit verbunden ist die Fair-Teilung des öffentlichen Raumes. Grünflächen und Bäume steigern das Wohlbefinden von Stadtbewohner*innen. Bäume und Pflanzen filtern Feinstaub, reinigen die Luft, binden Kohlenstoffdioxid, setzen Sauerstoff frei und kühlen ab ohne Energie zu verbrauchen. Durch Alleen und Baumreihen entstehen attraktive Wege für FußgängerInnen und werden unterschiedliche Freiräume in der Stadt miteinander verbunden. Mehr Bäume bringen ein kühleres, gesünderes Mikroklima und erhöhen die Lebensqualität.

Um die Lebensqualität in einer umweltfreundlichen Josefstadt zu verbessern, fordern wir:

- **1000 Bäume** für die Josefstadt
- Begrünungen vor allem in den eng verbauten Teilen des Bezirks
- Förderung der Begrünung von Fassaden, Innenhöfen, Flachdächern und Feuermauern
- Öffentliche Gebäude gehen als Vorbilder für private Hausbesitzer*innen mit der Begrünung voran
- Schaffung neuer Grünflächen und Parks
- "Die Essbare Josefstadt": Die öffentliche Hand pflanzt Essbares im Öffentlichen Raum und unterstützt Nachbarschafts- und Bildungsprojekte zum "Garteln in der Stadt"
- Die Begrünung von Baumscheiben im Rahmen von "Garteln ums Eck" ausweiten
- Nachbarschaftsgärten und Gemeinschaftsbeete fördern
- Stopp überflüssiger Baumrodungen
- Umwandlung des Lehrer*innenparkplatzes Pfeilgasse 42 in einen Grünraum
- Öffnung aller Innenhöfe von Gebäuden in öffentlichem Eigentum für die Bevölkerung, insbesondere des zweiten Innenhofs des Finanzamts, jetzt Institut für Höhere Studien
- Schutz aller Josefstädter Innenhöfe vor Zerstörung und Bebauung

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Rechtzeitige Information der Bürger*innen bei Baumfällungen
- Naturnahe Gestaltung von Grünflächen
- Bestehende Grünflächen sollen auch als solche gewidmet werden, bei entsprechender Entschädigung der Eigentümer*innen
- Angebot von Nahrungsmitteln aus biologischem Anbau und artgerechter Tierhaltung in Kindergärten, Schulen, Horten und Pensionist*innenvereinen
- Gestaltung von Schulhöfen und Grünflächen in Zusammenarbeit mit Schulen (z. B. im Rahmen des Biologieunterrichts oder der "Essbaren Josefstadt") und interessierten Bürger*innen
- Optimierung des Energieeinsatzes, insbesondere für öffentliche und halböffentliche Einrichtungen
- größere Firmen als Vorbilder im Privatsektor motivieren erneuerbare Energien zu nutzen
- Informationen über die Ergebnisse regelmäßiger Lärm- und Schadstoffmessungen an verschiedenen Plätzen des Bezirks
- Zentrale Anlaufstelle für Schadstoffmessungen in Wohnungen
- Wasserzähler für jede Wohnung und Verwendung von Nutzwasser bei Neubauten
- Ausweitung der Öffnungszeiten der Problemstoffsammelstelle beim Schönbornpark und bei Bedarf Errichtung einer zweiten Stelle
- Ausschließliche Verwendung von Mehrwegverpackungen im öffentlichen Bereich
- Verwendung von Ökostrom im Einflussbereich des Bezirkes sowie Förderung von Energiesparmaßnahmen
- Rasche Einkehrung des Streusplitts
- rasche Beseitigung des Hundekots durch Hundebesitzer*innen
- Förderung von Initiativen, die Reparatur-, Service- und Verleihdienstleistungen anbieten
- Die konsequente Umsetzung des Klimaschutzprogramms der Stadt Wien

Lebensqualität und öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum ist wertvoll und spannend. Hier findet das städtische Leben statt. Hier begegnen sich Jung und Alt, Einheimische und gerade Angekommene, wohlhabende und arme Menschen. Kein Wunder, dass dieser Raum – v. a. in dicht bebauten, gründerzeitlichen Bezirken wie der Josefstadt – knapp, begehrt und seine Nutzung umstritten ist. Aufgabe der Politik ist es, gemeinsame Ressourcen fair zu verteilen und öffentliche Räume für ein gesundes Lebensumfeld zu schaffen. Der öffentliche Raum ist eine gemeinsame Ressource. Die Stadt gehört uns allen!

Die Josefstadt ist der Bezirk mit der geringsten Grünfläche. Hier setzt grüne Politik an! Die Grünen Josefstadt wollen öffentliche Räume zur selbstbestimmten Nutzung schaffen, erhalten und gestalten. Die Aufwertung des öffentlichen Raums um die Lebensqualität in der dicht bebauten Josefstadt zu steigern, ist Ziel grüner Bezirkspolitik. Das Bedürfnis nach Bewegung, Begegnung und Kommunikation steht im Mittelpunkt einer grünen Planung des öffentlichen Raums. Die Möglichkeit Freiräume wie Parks und Plätze einfach zu erreichen und zu nutzen, ist Ziel grüner Politik. Gerade der Straßenraum ist jedoch nicht fair verteilt. Ca. zwei Drittel der Fläche werden nur für den Individualverkehr zur Verfügung gestellt, obwohl nur 28 Prozent der Wege in der Stadt mit dem Auto zurückgelegt werden. Wir sehen den Straßenraum als multifunktionalen Raum, als Ort der sozialen Interaktion und Begegnung – als Ort, wo gesellschaftlicher Austausch und Diskurs möglich ist. Wir wollen diesen Raum daher „fair-teilen“! Dafür müssen wir den Straßenraum neu denken. Es ist Aufgabe grüner Bezirkspolitik, den Ausgleich zwischen den Interessen aller Gruppen zu schaffen. Unser Schwerpunkt bei der Planung und Verteilung von Flächen im Straßenraum liegt auf den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen: den Fußgänger*innen. Fast alle Menschen sind auch zu Fuß unterwegs. Durch eine klare Strategie für die Gestaltung des öffentlichen Raums und der Mobilität erhöhen wir die Lebensqualität für alle Josefstädter*innen! Straßen müssen in Fußgänger*innenzonen,

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Begegnungszonen sowie angst- und barrierefreie Freiräume zum Flanieren, Verweilen und sich Begegnen umgewandelt werden. Es muss mehr Sitzgelegenheiten, Spielmöglichkeiten, Wasserelemente und Begrünungen geben. Mit der **Pfeilpiazza**, der **Begegnungszone Josefstädter Straße**, der schon bestehenden Begegnungszone Lange Gasse und den Palais-Innenhöfen schaffen wir eine **“grüne Spange”** im Herzen des Bezirks.

Mit der **“Pfeilpiazza”** an der Ecke Pfeilgasse/Strozzigasse wollen die Grünen Josefstadt ein 4.000m² großes Areal umgestalten und eine grüne Lunge mitten in der Josefstadt schaffen. Es sollen 20 neue Bäume sowie Nebelduschen und Wasserspender für ein kühles Mikroklima sorgen. Mit der Bereitschaft der Akademikerhilfe schaffen wir aus diesem teils öffentlichen, teils privaten Grundstück einen multifunktionalen Raum, der einen Platz für alle Generationen bietet, einen Platz um zu studieren, zu feiern, zu entspannen, das Leben zu genießen!

Mit der **Begegnungszone Josefstädter Straße** wollen wir Platz für Alle schaffen! Derzeit fahren täglich rund 10.000 Autos durch die Josefstädter Straße, ca. 90% davon sind reiner Durchzugsverkehr. Das erzeugt Lärm, Luftverschmutzung und Gefahren für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen. In Zeiten des Klimawandels ist es höchste Zeit, die Josefstädter Straße völlig neu zu gestalten: Wir wollen sie mit zahlreichen Bäumen begrünen und mit Wasserelementen kühlen. Wir wollen sie spürbar verkehrsberuhigen. Wir schaffen Raum für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, sorgen für eine barrierefreie Stadt mit vielen Sitzgelegenheiten und Schanigärten, die zum Verweilen und Miteinander einladen. Die Verkehrssicherheit steigt, Lärmbelastigungen und Abgasemissionen werden minimiert. Autos dürfen nur noch langsam durchfahren und die Straßenbahnlinie 2 wird vor dem Theater in der Josefstadt eingleisig geführt. Die Parkplätze werden auf ein Minimum reduziert und Car-Sharing-Plätze, Lieferdienste und Behindertenparkplätze in die Planung miteinbezogen. Eine Begegnungszone bringt sowohl für die Anrainer*innen, als auch für die zahlreichen Geschäftstreibenden auf der Josefstädter Straße Vorteile. Die Begegnungszone erhöht die Lebensqualität der Anrainer*innen massiv: viel weniger Lärm, weniger Schadstoffe, bessere Luft. Im Bereich zwischen Lange Gasse und Piaristengasse schaffen wir speziell aufgrund der Engstelle Josefstädter Theater eine Fußgängerzone! Die Wirtschaft profitiert auch: Geschäfte in Begegnungszonen sind wesentlich besser besucht wie Studien der Wirtschaftskammer zeigen. So stärken wir die Nahversorgung und die durch Corona so stark gebeutelte Wirtschaft vor Ort.

Um den öffentlichen Raum in der Josefstadt zu verbessern, fordern wir:

Die Fair-Teilung des öffentlichen Raums, neue Grünoasen und die Aufwertung von Plätzen zu Aufenthaltsorten, Begegnungsräumen und sozialen Treffpunkten:

- Die Errichtung der Begegnungszone Josefstädter Straße
- Die Gestaltung der Pfeilpiazza
- Die Aufwertung von Plätzen von wie dem Schlesingerplatz, Bennoplatz, Albertplatz, Hugo-Bettauer-Platz, Alser Spitz, Uhlplatz und dem Josef-Matthias-Hauer-Platz
- Die Infrastruktur für Fußgänger*innen ausbauen
- Mehr barrierefreie Sitzmöglichkeiten ohne Konsumzwang
- Barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes
- Mehr Wasserelemente, insbesondere Trinkbrunnen in der Josefstadt
- Durchzugsverkehr reduzieren, um Anrainer*innen die Freiraumnutzung zu erleichtern
- mehr öffentliche WC-Anlagen
- Mikrofreiräume als kleine Grünoasen der Grätzler erhalten, aufwerten und ausbauen, denn sie bieten Gelegenheit zum Verweilen, Rasten, Niedersetzen, Plaudern und Kennenlernen, bieten Schatten und Regenschutz
- Begrünte Innenhöfe fördern, da sie als “grüne Lungen” Klima und Gesundheit schützen, Hitze reduzieren, Artenvielfalt fördern und sozialen Austausch ermöglichen

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Bestehende Innenhöfe vor Verbauungen schützen
- Öffnung und Ausgestaltung der großen Innenhöfe der Josefstadt für die Bürger*innen: Park des Palais Auersperg, Grünflächen im Palais Strozzi und Klostergarten der Kirche zur Allerheiligsten Dreifaltigkeit in der Alser Straße
- Gender-Aspekte in der Planung berücksichtigen (z. B. Angsträume vermeiden)
- Zwischennutzungen als Experimentierräume fördern
- Mehrfachnutzungen bspw. von Schulsportplätzen ausbauen
- WLAN im öffentlichen Raum ausbauen
- Die Beteiligung betroffener Bürger*innen in Planungsprozessen muss selbstverständlich werden, um die Qualität und Akzeptanz zu steigern

Einen neuen Park für die Josefstadt und die Weiterentwicklung bestehender Parkanlagen:

- Der Stolzenthalerpark soll neu geschaffen werden, indem der Besslerpark an der Kreuzung Stolzenthalergasse/Pfeilgasse und der Vorplatz der Schule Pfeilgasse 42 zusammengeführt und begrünt werden
- Die behutsame und kostengünstige Verbesserung des Schönbornparks soll fortgesetzt werden: Erneuerung der Ballspielanlagen und der Hundezone, barrierefreie Zugänge, neue Sitzgelegenheiten und die Verbindung zum Volkskundemuseum
- Die weitere behutsame Erneuerung des Hamerlingparks unter Einbeziehung der benachbarten Straßenräume, wie Kupkagasse und Skodagasse, um ein Freiraumsystem vom Josef-Matthias-Hauer-Platz über den Hamerlingpark bis zur Josefstädter Straße zu entwickeln
- Wir unterstützen die Forderungen aus den Kinder- und Jugendparlamenten, wie die Errichtung einer Zuschauer*innen Tribüne auf dem Lüftungsschacht der Parkgarage neben dem Ballspielplatz im Hamerlingpark
- Wir setzen uns für die Aufwertung des Grünstreifens in der Gürtelmittelzone nördlich der U6-Station Josefstädter Straße sowie die Gestaltung des Umfeldes der U6 Station Josefstädter Straße unter Einbeziehung von Uhlplatz, Josefstädter Straße, Sanettystraße und Pfeilgasse ein.

Lebensqualität und nachhaltige Mobilität

Unsere Programme zu “Mobilität” und “öffentlichem Raum” bilden eine Einheit. Durch eine intelligente “Fair-Teilung” von Mobilität schaffen wir die Voraussetzungen für die Aufwertung des öffentlichen Raumes. Mobilität ist ein wesentlicher Aspekt unseres privaten und wirtschaftlichen Lebens. Mobilität ist Teil unserer Lebensqualität und ist mit dem Gefühl grenzenloser Freiheit verbunden. Nicht mobil zu sein, bedeutet, nicht in vollem Umfang am sozialen Leben teilnehmen zu können. Individualverkehr im eigenen Auto verursachen gerade in der Großstadt Klimaschäden, Staus, Verspätungen, Unfälle, Lärm, Abgase und negative Auswirkungen auf Menschen und ihre Umwelt. Wir fordern eine nachhaltige Verkehrswende. Die geplante U-Bahn Linie U5 ist eine wichtige langfristige Perspektive für die Josefstadt. Dieses Großprojekt darf freilich nicht alle Mittel für einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs binden. Grüne Verkehrs- und Mobilitätskonzepte verwenden öffentliche Mittel für den Ausbau des günstigen, schnellen, sicheren und barrierefreien öffentlichen Transport und daneben gemeinschaftlichen Modellen wie Carsharing und City-Bikes. Kurze und sichere Wege sind unser Ziel. Mehr Mobilität, mehr Freiraum und mehr Lebensqualität!

Um die nachhaltige Mobilität in der Josefstadt zu verbessern, fordern wir:

- Eine Fußgänger*innen- und Begegnungszone in der Josefstädter Straße
- Tempo 30 im ganzen Bezirk
- “Superblocks” als verkehrsleitende Maßnahmen

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Mehr Spiel- und Wohnstraßen
- Mehr Fahrradwege und fahrradfreundliche Straßen auch als Verbindungen der Bezirke
- Mehr Radfahren gegen die Einbahn
- Verbesserung der derzeitigen Verkehrsverbindung an der Linie 13A
- Nachttaxi/-bus auf der Linie des 13A
- Sichere und kurze Fuß- und Radwege insbesondere für Schulkinder und Senior*innen
- Mehr autofreie Bereiche, um die Sicherheit gerade für Einsteiger*innen zu erhöhen
- Schnee- und Rollsplitt Räumung auch auf Radverkehrsanlagen
- Einfache Gestaltung von Kreuzungen
- Durchzugsverkehr bis auf notwendige Fahrten stark reduzieren
- Flächendeckende Ampelbeeinflussung durch öffentliche Verkehrsmittel
- Mehr Fahrgastinformationssysteme bei Haltestellen
- Mehr Niederflurstraßenbahnen
- Erhöhung des Straßenniveaus mit entsprechender Verkehrssicherung bei Haltestellen
- Ausbau von "grünen Wegen" mit mindestens 2 Meter breiten Gehsteigen
- Zeitliche Ausdehnung des Parkpickerls auf 0 - 24 Uhr, Montag bis Sonntag, wobei die Situation von Gewerbebetrieben berücksichtigt werden muss
- Reduktion der Schrägparkplätze
- Errichtung von Tiefgaragen nur im Bedarfsfall sowie bei Kostenwahrheit und dem Gewinn neuer Lebensräume
- Förderung der Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, z.B. Eintrittskarte als Fahrschein
- Förderung von Carsharing: Elektroautos vor Hybrid- vor Verbrennungsmotoren
- mehr öffentliche Ladestationen für Elektro-Fahrzeuge
- Anreize für Geschäfte für Liefergemeinschaften
- Flächendeckende Ausstattung der Signalanlagen mit akustischen Einrichtungen
- mehr sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im öffentlichen Raum
- zusätzliche Citybike-Stationen
- spezielle Förderung von familienfreundlichen Lasten-Fahrrädern, z. B. durch Lastenrad-Parkplätze sowie durch eine Informationskampagne
- neue Ampelanlage bei der Laudongasse für eine sichere Gürtelquerung
- Stellplätze im öffentlichen Raum jährlich moderat reduzieren

Lebensqualität und Soziales

Grüne Sozialpolitik strebt Lebensqualität für alle in Wien lebenden Menschen an. Jeder hat - unabhängig von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Staatsbürger*innenschaft und Einkommen – das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Grüne Forderungen wie Grundsicherung für alle, Arbeitszeitverkürzung und gleiche Beteiligung der Geschlechter an Familien- und Erwerbsarbeit sind zur Zeit noch nicht umgesetzt. Wir fordern eine Verbesserung der Lebensqualität, die ausnahmslos allen Einwohner*innen der Josefstadt zugutekommt, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Familien, Lebensgemeinschaften und Patchworkfamilien. Dies entspricht zugleich dem Einbau von Aspekten des "Engendering Budget" in den Sozialplan des Bezirkes. Sozialpolitik im Grünen Sinn bedeutet u. a. die Aufwertung der Lebenssituation von Senior*innen, Menschen mit besonderen Bedürfnissen und selbstverständlich der Frauen. Die Umgestaltung des Bezirkes soll dabei im Sinne jener Anforderungen erfolgen, denen sich gerade diese in ihrer Rolle als Berufstätige und Mütter gegenübersehen. Neben Inklusion sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist leistbares Wohnen eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Josefstadt.

Wir wollen die Eigeninitiative der Betroffenen fördern und engagierte Mitgestaltung ermöglichen anstatt Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, zu Bittsteller*innen einer unflexiblen Bürokratie zu

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

machen. Ziel einer nachhaltigen und solidarischen Politik ist für uns stets Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Eines unserer wichtigsten Ziele ist es mehr Ressourcen für gemeinnützige Nachbarschaftsprojekte im Bezirksbudget zu verankern, die nachhaltig den sozialen Zusammenhalt im Bezirk steigern. Die **“Grätzel-Marie”** soll Ideen der Josefstädter*innen für mehr Nachbarschaftlichkeit fördern. Seien es Kultur- oder Bildungsveranstaltungen, Einzelpersonen oder lose Gruppen, Vereine oder Institutionen. Sei es in einem der einzigartigen Lokale der Josefstadt oder im öffentlichen Raum, in Krisenzeiten oder im Aufschwung. Seien es Jugendliche, Künstler*innen, Pensionist*innen, Kleinhändler*innen. Jede Person in der Josefstadt soll mitmachen können. Solange mit einer guten Idee das Zusammenleben, der nachbarschaftliche Austausch und das Verständnis gefördert werden oder das Projekt der Gemeinschaft, Menschen in Not oder dem Gemeinwohl zugute kommt, soll es unterstützt werden. Wir wollen Vernetzungsplattform für gute Ideen oder auch bestehende Initiativen sein und Starthilfe bieten. Durch Kontakte und Fachwissen soll dann gemeinsam an der Weiterentwicklung und Umsetzung gearbeitet werden. Jener Topf soll von der Bezirksvorstehung Josefstadt in Zusammenarbeit mit Bezirksinitiativen, wie beispielsweise der Gebietsbetreuung Stadterneuerung 8 oder der Agenda Josefstadt, verwaltet und administriert werden. Jedes Jahr kann ein thematischer Schwerpunkt gesetzt werden. Den Start soll der Topf mit einer Förderung von Veranstaltungen in den und für die Lokale des Bezirks machen, um die einzigartige Gastronomie des 8. Bezirks auch nach der Corona-Krise zu unterstützen und zu erhalten. Wir wollen Geld für Grätzel-Kultur!

Um die Lebensqualität in einer sozialen Josefstadt zu verbessern, fordern wir:

- Einen erheblichen Aufwuchs der Ressourcen für gemeinnützige Nachbarschaftsprojekte: **“Grätzel-Marie”**
- Benutzer*innenfreundliche Gestaltung des öffentlichen Raums mit Sitzbänken, schattigen Arealen, breiteren Gehsteige, Barrierefreiheit, Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen (Beispiel: Projekt Maria Treu-Gasse) sowie der baulichen Vermeidung bzw. Umgestaltung von Angstzonen
- Mehr Platz für Kinder, Jugendliche und Senior*innen, weiterer Ausbau der Kinder- und Jugendbetreuung sowie freundlicher gestaltete Einrichtungen für ältere Menschen
- Multifunktionale Nutzung bestimmter Lokalitäten im 8. Bezirk, wie die Umgestaltung der Spielplätze im Bezirk unter Berücksichtigung folgender Aspekte: mädchengerecht, integrierend für Kinder und junge Menschen mit "Behinderungen", aber auch generationenübergreifend. Mehr Platz für Kinder schaffen wir durch Spielmarkierungen
- Wahlservice für alle Josefstädter*innen unter besonderer Berücksichtigung von EU-Bürger*innen und Migrant*innen
- Die Stärkung der Sozialkommission, um soziale Themen verstärkt ins allgemeine Bewusstsein zu rufen und Problemlösungen nicht ausschließlich karitativen Einrichtungen zu überlassen
- Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle im Amtshaus am Schlesingerplatz zur umfassenden Information und Beratung aller Bürger*innen bei Problemen im täglichen Leben oder bei existenzieller Bedrohung
- Die Intensivierung der aufsuchenden Sozialarbeit, die gebrechlichen Menschen Wege erspart oder bestehende Hemmschwellen überwindet
- Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Betreuungspflichten und Beruf für beide Elternteile, vor allem für alleinerziehende Mütter und Väter, durch die Schaffung neuer Kindergärten und Einrichtungen zur Nachmittagsbetreuung von Schüler*innen, sowie Initiativen zur Motivation von Vätern, in Karenz zu gehen
- Mehrjährige finanzielle Zusicherungen sowie die Öffnung von Räumen, die unentgeltlich benutzt werden können, z.B. im Amtshaus am Schlesingerplatz für bestehende Beratungs- und Betreuungsiniciativen im Bezirk

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Mehr Bänke, nicht nur in Parks oder auf Plätzen, zum Ausrasten und zur Förderung der Kommunikation
- barrierefreie öffentliche Bauten, öffentliche Verkehrsmittel und Taxis in einer bestimmten Anzahl ebenso wie umgerüstete Ampelanlagen mit akustischen Ampelsignalen und verlängerten Grünphasen
- Wir fordern auch die Erfüllung der Quote für die Einstellung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen durch die Gemeinde Wien sowie die Aufnahme in reguläre Dienstverhältnisse, um Beförderungen und Vorrückungen zu ermöglichen
- pflegende Angehörige nicht mit ihren Problemen allein zu lassen heißt für uns z. B. Möglichkeiten der Freizeitgestaltung im Bezirk und der Urlaubsbetreuung für Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ihre Angehörigen zu unterstützen
- Wir setzen uns weiter für den sozialen Wohnbau und leistbare Mieten ein
- Wir bekämpfen sachgrundlose Befristungen
- Wir wollen die Mieter*innenberatung im Bezirk ausbauen
- Den verstärkten Einsatz für Delogierungsprävention, da dies viel Leid erspart und kostengünstiger als eine Delogierung ist
- Mehr Verständnis für Obdachlose im öffentlichen Raum sowie die Förderung von Selbstverwaltungsprojekten von Obdachlosen im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe

Lebensqualität und Frauen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in allen Lebensbereichen verwirklicht werden. Die letzte Bundesregierung - ÖVP-FPÖ - hat den Sozialabbau vorangetrieben, somit landen Frauen immer häufiger in unsicheren Arbeitsverhältnissen. Besonders als Alleinerzieher*innen sind sie von Armut bedroht. Frauen stellen jedoch keine homogene Gruppe dar. Wirtschaftliche, soziale und politische Entscheidungen treffen sie in unterschiedlicher Weise.

Frauen arbeiten sehr oft in systemrelevanten Berufen, zudem leisten sie immer noch den Großteil der unbezahlten Arbeit. Wir setzen uns daher für echte Anerkennung und bessere Bezahlung ein. Die Stadt Wien hat sich den EU-Richtlinien zur Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet und Gleichbehandlungsbeauftragte ernannt. Das bedeutet konkret: Bei der Projektplanung im Bezirk z. B. der Gestaltung von Parkanlagen, Garagenbauten, usw. ist die Leitstelle für gendergerechte Planung der Stadt Wien einzubeziehen. Die Gleichbehandlungsbeauftragte des Bezirks muss gewährleisten, dass die Frauen im Bezirk über Fördermaßnahmen für den beruflichen Einstieg und Wiedereinstieg informiert sind, im Amtshaus muss es eine Erstberatung zu Rechtsfragen (z. B. bei Mietrecht, Scheidung, etc.), aber auch psychologische Erstberatung kostenlos geben.

Um Frauen in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Eine Frauenquote von mindestens 50% in allen Entscheidungsgremien des Bezirks
- Konsequentes Gendermainstreaming und Genderbudgeting
- Umbenennungen von Straßen und Plätzen, welche die Leistungen von Frauen im Öffentlichen Raum sichtbar machen
- Preise, welche die Leistungen von Frauen sichtbar machen
- Errichtung eines Frauenmuseums in der Josefstadt
- Weiterbildungsangebote speziell für Frauen und Kooperation mit den Volkshochschulen
- gezielte Unterstützung von Migrantinnen
- Unterstützung von Frauen mit Behinderungen: barrierefreier Zugang zu Geschäften

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Berücksichtigung der besonderen Interessen von Mädchen bei Freizeitprogrammen, Fördern der Parkbetreuung für Mädchen
- Jugendzentrum: eigenes Kulturprogramm für Mädchen
- Mädchenförderung in den Schulen- Maßnahmen zur Förderung der selbstbewussten Berufswahl von weiblichen Jugendlichen unterstützen
- Kulturveranstaltungen: Ausstellungsräume für Künstlerinnen zur Verfügung stellen. Sie verfügen zumeist über schlechtere Netzwerke als Männer, daher fordern wir, dass Künstlerinnen mindestens so viel Raum bekommen wie ihre männlichen Kollegen
- ausreichende Beleuchtung in allen Straßen, Plätzen, Gassen sowie in Parkhäusern
- Frauenparkplätze in Tiefgaragen und Parkhäusern
- keine Reduktion von öffentlichen Telefonzellen, um Hilferufe weiter zu ermöglichen
- kürzere Intervalle der öffentlichen Verkehrsmittel abends
- Angebot von Selbstverteidigungskursen für Frauen und Mädchen vom Bezirk
- Angsträume, in denen sich Menschen unsicher fühlen, müssen baulich umgestaltet werden

Lebensqualität und Kinder bzw. Jugendliche

In der Josefstadt leben viele Kinder und Jugendliche. Die Politik muss ihre Grundrechte schützen, ihre Bedürfnisse nach Freiraum und Mitgestaltung erfüllen. Um Kinder und Jugendliche an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben zu lassen, müssen altersgerechte Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Für Kinder mit besonderen Bedürfnissen ist ein Recht auf Inklusion gesetzlich zu verankern.

Um Kinder und Jugendliche in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Einen Kinder- und Jugendbeirat für alle Betroffenen
- Einbeziehung von Jugendlichen bei Bezirksbefragungen
- Kinder- und Jugendparlamente stärken
- Die Beteiligung von Kindern und Eltern an der Gestaltung von Kindergärten
- Die selbstverständliche Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Spielplätzen und Parkanlagen durch die zuständigen Magistratsabteilungen
- Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche zur selbständigen Gestaltung und Betreuung von Biotopen auf öffentlichen Flächen unter Mithilfe des Stadtgartenamtes bspw. im Rahmen der "Essbaren Josefstadt"
- Eine Ausweitung der Parkbetreuung für Kinder und Jugendliche und Räume dafür
- kurzfristige Nutzung von Baulücken oder ähnlichem als Erlebnisspielplätze
- Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, ihr Erleben der Umwelt, ihre Kreativität durch Graffiti öffentlich ausdrücken zu können, z.B. Wiener Wand
- Die Öffnung von speziellen Schuleinrichtungen wie EDV-Räumen, Turnhallen und Sportplätzen auch in der unterrichtsfreien Zeit
- Ausbau der Sportmöglichkeiten im Öffentlichen Raum und in Schulen
- Ein Kinder- und Jugendzentrum, unter anderem für Musik- und Theatergruppen und mit Proberäumen für Musikgruppen und Bands
- Die Nutzung von biologischen Lebensmitteln und Getränken in Mehrwegflaschen in Kindergärten und Schulen
- Ein leckeres und gesundes Gratis-Essen pro Woche in den Kindergärten und Schulen
- Die Einrichtung von weiteren öffentlichen Kinderkrippen, Kindergärten mit kleinkindgerechten Spielhöfen und Horten nach Bedarf

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Anpassung der Öffnungszeiten von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten an die Arbeitszeiten der Eltern, sprich eine Ausweitung der Betreuungsmöglichkeiten für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Spielecken in Warteräumen öffentlicher Gebäude sowie Wickeltische in Nassräumen.
- Sichere Radverkehrsanlagen und Fahrradabstellplätze bei Parkanlagen und Schulen
- Einrichtung von Wohnstraßen

Lebensqualität und Bildung

Kommunale Bildungspolitik besteht aus vielen Facetten, die nicht nur einem einzigen städtischen Ressort zuzuordnen sind. In erster Linie handelt es sich um Schulpolitik, dennoch dürfen die Themen der Erwachsenenbildung und Wien als Universitätsstadt nicht vernachlässigt werden. In der Josefstadt gibt es im Verhältnis zur Größe des Bezirks besonders viele Schulen. Durch die Nähe zu vielen Universitäten ist sie ein beliebter Wohnort für viele Student*innen, die wesentlich zum Gesamteindruck einer jungen und lebendigen Josefstadt beitragen. Grüne Politik in der Josefstadt bedeutet daher auch besonders gegen die Angriffe der letzten Bundesregierung auf das gegenwärtige Bildungssystem aufzutreten und sich mit Konzepten einer verstärkten Selbstorganisation und Demokratisierung der Bildungseinrichtungen auseinander zu setzen.

Um Bildung und Schulen in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Mehr Lehrpersonen in Schulen
- Mehr administratives, psychologisches und soziales Personal in Bildungseinrichtungen
- Mitbestimmung von Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern bei den Schulfinanzen und Schulversuchen
- Demokratisierung des noch immer autoritären Schulwesens wie Wahl der Schulleiter*innen auf Zeit durch die Betroffenen
- Integration von Migrant*innen
- Sprachunterricht in Elternsprache, da es die Fähigkeiten in allen Sprachen und damit auch in allen Fächern fördert
- Schulübergreifende Lerngemeinschaften (Buddy-Systeme), generationenübergreifende Lesepatenschaften (in Kooperation mit dem Theater in der Josefstadt), neue Lernorte
- Behindertenintegration in allen Schulformen und behindertengerechte Schulen
- Sichere Schulwege
- Bedarfsgerechte Ausstattung von Bildungseinrichtungen mit Fahrradabstellplätzen
- Mehr Budget für die Erwachsenenbildung mit Möglichkeiten, abgebrochene Ausbildungen sinnvoll zu ergänzen
- Kein Schulgeld und keine Studiengebühren
- Freifahrt auf den Wiener Linien für in Ausbildung stehende Menschen
- Mietzinsbeihilfen für alle finanziell Benachteiligten und insbesondere in Ausbildung stehende Menschen
- Verstärkte Investitionen in Universitäten
- Verstärkte Kooperation und Wissensaustausch zwischen den Universitäten, der Stadt Wien und den Bezirken z.B. in den Bereichen Stadtplanung, Ökologie etc. durch Vergabe bezahlter Forschungsaufträge (langfristige Projekte, Diplomarbeiten, Dissertationen) Verstärkte Förderung für den Austausch von Wissenschaft und Bevölkerung in der Josefstadt, z.B. Veranstaltungen im Institut für Höhere Studien
- Öffnung der Schulen als Stadtteilzentren, in denen die vorhandenen Ressourcen allen Bewohner*innen für Kultur, Weiterbildung und Sport zur Verfügung stehen

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Lebensqualität und Migrant*innen

Ca. ein Drittel der Josefstädter*innen hat Migrationshintergrund. Wien als weltoffene Stadt trägt Verantwortung für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen. Das bedeutet unkompliziert und kompetent mit Vielfalt umzugehen und unterschiedliche Lebenswelten zu respektieren. Alle sollen - unabhängig von ihrer Staatsbürger*innenschaft - die Chance auf Mitgestaltung, Entfaltung und Erfolg haben. Deshalb setzt sich Grüne Integrationspolitik kompromisslos für die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung, Xenophobie und Rassismus ein. Die Josefstadt soll ein "sicherer Hafen" sein und sich entsprechend auch für die Rechte von Geflüchteten stark machen. Demokratiepoltisch besonders wichtig ist uns außerdem die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Menschen, die am jeweiligen Stichtag ihren Hauptwohnsitz in Wien haben, und der gleichberechtigte Zugang zu Sozialleistungen, Gemeindewohnungen, Arbeit, Bildung und Kultur.

Um Migrant*innen in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Bei Bedarf elternsprachliche Fachkräfte in Kindergärten und den Ausbau des elternsprachlichen Unterrichts an den Pflichtschulen.
- vermehrtes Angebot von zweisprachigen Klassen und Schulversuch „Drei lebende Fremdsprachen“, da Sprachenvielfalt entscheidend hilft, Vorurteile gegenüber Anderen abzubauen
- Projekt „Interkulturelles Lernen“ als Nachmittagsbetreuung zur Unterstützung aller Kinder
- Eine Initiative, die Eltern von Kindern mit nichtdeutscher Elternsprache über die Vorteile eines Kindergartenbesuches spätestens zwei Jahre vor Schuleintritt informiert
- Eine Unternehmensberatungsstelle für Migrant*innen, um ihnen die Firmengründung zu erleichtern. Die Bereitschaft sich selbständig zu machen ist bei Migrant*innen sehr hoch. Ihre Betriebe sind wichtig für die Nahversorgung und bieten Ausbildungsplätze für Lehrlinge
- Die verstärkte Aufnahme von Migrant*innen in den öffentlichen Dienst sowie Qualifizierungsoffensiven für Migrant*innen, um ihre Gleichstellung mit österreichischen Staatsbürger*innen im Zugang zum Arbeitsmarkt zu erreichen
- Eine mehrsprachige Informationsoffensive über das Wohnungsangebot in Wien und die Öffnung der Gemeindebauten für Migrant*innen, verbunden mit Beratung und Bewusstseinsarbeit für die Bewohner*innen dieser Gemeindebauten
- elternsprachliche Sozialarbeiter*innen im Migrationsbereich, mehrsprachiges Informationsmaterial in allen Abteilungen der Stadt Wien mit Parteienverkehr sowie den Ausbau eines flächendeckenden „Community Interpreting“ Modells mit sozial gestaffelten Gebühren - d. h. Dolmetscher*innen mit Spezialkenntnissen über das Wiener Verwaltungssystem können bei Bedarf angefordert werden und begleiten Migrant*innen bei Behördenwegen
- Langfristige und nachhaltige Förderungen für Projekte, Vereine und Kulturinitiativen von Migrant*innen, die Möglichkeit zu Kulturveranstaltungen und zur Präsentation von Kunst in öffentlichen Gebäuden, im Bezirksmuseum, in Parks oder bei Straßenfesten, sowie die Förderung von Theateraufführungen in mehreren Sprachen
- Ein vielfältiges Angebot an Büchern und Videos in mehreren Sprachen in Schul- und Jugendbibliotheken und städtischen Büchereien
- Die Förderung internationaler Vernetzungen zum Kulturaustausch durch Bezirkspartnerschaften, internationale Projekte oder Symposien und die Bereitstellung von Gästewohnungen für Kunstschaffende durch Gastfamilien, Sponsor*innen oder Kulturinitiativen
- Die Einbeziehung von Migrant*innen in die gesamte Bezirkspolitik

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Lebensqualität und Weltoffenheit

Der Austausch und die Kooperation der Josefstadt mit den umliegenden Bezirken, der Stadt Wien und den umliegenden Regionen sowie auf internationaler Ebene fördert die Offenheit und den interkulturellen Dialog. Eine aktive „Bezirksaußenpolitik“ entwickelt den Bezirk zu einem Beispiel, wie durch Kooperation und Integration die Gestaltung des Lebensumfeldes in Richtung nachhaltiger Entwicklung verändert werden kann. Wien im Herzen einer erweiterten EU fördert nicht nur grenzüberschreitende Kooperationen sondern ist politischer Partner in Städte- und Bezirkspartnerschaften, internationalen Netzwerken und Institutionen.

Darüber hinaus fördert der Bezirk, gemeinsam mit der Stadt Wien die globale Solidarität. Die öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen fördern den „Fairen Handel“ mit dem Globalen Süden durch den Kauf von fair gehandelten Produkten. Die gezielte Förderung des „Globalen Lernens“ durch die Stadt erweitert den Horizont und vertieft weltweite solidarische Netzwerke. Förderungen gibt es nicht nur für Kooperationen im Wirtschafts- und Bildungsbereich, sondern z. B. verstärkt im Umwelt- und Sozialbereich. Austausch und Kooperation werden anstelle von Konkurrenz zu den Leitprinzipien städtischen Handelns.

Um die Weltoffenheit in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Partnerschaften mit Gemeinden und Bezirken in der EU und im Globalen Süden
- Öffnung des Amtshauses für internationale Tagungen und Veranstaltungen
- Förderung des „Fairen Handels“ in allen Bereichen der Bezirksverwaltung
- Erfahrungsaustausch über die Umsetzung der Lokalen Agenda 21

Lebensqualität und Kultur

Das kulturelle Geschehen der Josefstadt spielt sich auf unterschiedlichen Ebenen ab: wir haben die bekannte Bühne des Theaters in der Josefstadt, das als kulturelles Aushängeschild des Bezirks auch viele Besucher*innen von außerhalb anzieht; die vielen zum Teil leider oft unterfinanzierten Initiativen, Kulturorte und Spielstätten auch und gerade abseits des Mainstream; und nicht zu vergessen das Kellertheater, das Englische Theater und das Kabarett Niedermair. Es besteht also ein großes und vielfältiges kulturelles Potential in der Josefstadt. Um dieses Potential zu fördern, bedarf es nicht unbedingt neuer Initiativen, sondern der Bündelung vorhandener Energien, der Stärkung der finanziell schwächeren Gruppen, der Beseitigung bürokratischer Hürden sowie gemeinsamer Aktivitäten von Institutionen, Initiativen und Personen.

Um den Bereich der Kultur in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Das Kulturbudget des Bezirk zu erhöhen, um kulturelle Initiativen noch stärker als bisher zu unterstützen. Wir wollen Sichtbarkeit schaffen und Stimme ermöglichen
- Insbesondere Veranstaltungen zu fördern – wie StraßenKulturFeste u. ä. – bei denen Begegnungen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen des Bezirkes stattfinden, wie beispielsweise von Migrant*innen und "Ureinwohner*innen", ansässigen Künstler*innen und Nachbar*innen, Literatur und Bildender Kunst usw.
- Ein Kulturetzt über eine Koordinierungsstelle zu schaffen, die als Gesprächspartnerin für alle Kulturschaffenden, Institutionen und Bewohner*innen zur Verfügung steht; die Anstöße zu Kooperationen gibt; neue Initiativen unterstützt; als Börse freistehender Spiel- und

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

Ausstellungsflächen fungiert und die Menschen mit einer Broschüre über das laufende und zukünftige kulturelle Geschehen informiert

- Ein Leerstands- und Zwischennutzungskonzept für die Josefstadt gemeinsam mit den Kulturschaffenden zu entwickeln
- Die Benennung des Hauses des Buches als H. C. Artmann-Haus als Ehrung für einen bedeutenden, fortschrittlichen und lange in der Josefstadt lebenden Dichter
- Zusätzliche Ausstellungsflächen vor allem für junge und weniger bekannte Künstler*innen in öffentlichen Gebäuden und Anlagen, leerstehenden Auslagen usw. bereitzustellen
- Ausbau der Frauenförderung in Kunst und Kultur
- Die Organisation von Kulturwochen(enden) in einzelnen Straßen, an denen sich gleichermaßen Geschäftstreibende, Anwohner*innen und Künstler*innen beteiligen
- Die bessere finanzielle Ausstattung des Bezirksmuseums Josefstadt bzw. aller Bezirksmuseen in Wien
- Veranstaltungsübersicht in den Bezirkszeitungen und anderen Medien
- Bei Bürgerbeteiligungsverfahren sollten auch Überlegungen zu kulturellen Belangen mit eingebunden werden (Kunst im öffentlichen Raum, Nutzung leerer Geschäftslokale durch Kulturinitiativen, Ateliers, Straßenfeste)
- Kunst im Öffentlichen Raum fördern, bspw. Ausschreibungen für "kühlende Kunst" gegen die Hitzekrise oder Lichtinstallationen
- Förderung von Street-Art-Projekten, z. B. "Graffiti-Garagentore"
- Der "Glaspalast" am Gürtel soll vermehrt bespielt werden

Lebensqualität und Senior*innen

Angehörige der Generation 60+ werden einen immer höheren Anteil an der Josefstädter Bevölkerung haben. Es gibt schon zaghafte Versuche, auf diese relevante Entwicklung einzugehen, wie z.B. den in der Josefstädter Bezirksvertretung eingerichteten und von den Grünen revitalisierten einzigen Senior*innen-Beirat Wiens oder das Modellprojekt „Sichere Josefstadt“. Es bleibt aber noch viel zu tun, um den wachsenden Herausforderungen zu begegnen, die mit der steigenden Lebenserwartung auf uns zukommen. Das betrifft nicht nur die Belastungen des hohen Alters, auch Alltag und Freizeit stellen Aufgaben, die von den Senior*innen tagtäglich zu lösen sind. Die meisten Senior*innen leben gerne in ihrer vertrauten Umgebung, in der Josefstadt. Es soll ihnen weitestgehend und menschenwürdig ermöglicht werden.

Um Senior*innen in der Josefstadt zu stärken, fordern wir:

- Barrierefreiheit: Verstärkte Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse von allen Menschen hinsichtlich der Barrieren im öffentlichen Raum, auf Straßen, Plätzen und in Gebäuden. Das betrifft die Sicherung von Baustellen ebenso wie verkehrstechnische Umbauten, wie die Gehsteigbreiten, den Belag abschüssiger Gehsteige, Ampelschaltungen etc. und die behindertengerechte Ausstattung von Gebäuden. Hier ist auch eine entsprechende Einflussnahme auf die Bauordnung erforderlich
- Abbau psychologische Barrieren für ältere Menschen, die z.B. „sofern sie nicht Insider sind, von öffentlichen oder teil-öffentlichen Angeboten des Kulturgeschehens meist übergangen werden“ (Zitat Dr. Dieter Schrage IGS-Wien)
- Enge Zusammenarbeit mit Institutionen und verstärkte Information der Zielgruppen
- Eine gesunde, kühle Gestaltung des Öffentlichen Raums mit Schatten und Bänken
- Unsere Forderung lautet weg von übermäßig großen Einrichtungen hin zu kleineren Einheiten

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Errichtung eines Josefstädter Senior*innen-Wohnheimes in menschengerechten Dimensionen und Schaffung von generationenübergreifenden Wohngemeinschaften
- Einrichtung von lokalen, kleinen Tageszentren mit medizinischer Betreuung
- Ausbau des elektronischen SOS-Systems in Senior*innen-Wohnungen
- Sicherung der täglichen Heimhilfe
- Sicherung der Aufrechterhaltung von „Essen auf Rädern“
- Hilfe zur Selbsthilfe, falls es zu einem notwendigen Wohnungswechsel kommt
- Einrichtung von lokalen, kleinen Tageszentren und Tageskliniken
- Sensibilisierung der Betroffenen, „Bedürftigkeit-Anspruch-Dankbarkeit“
- Verbesserung der Betreuung von Senior*innen in ihren Wohnungen
- Hilfe zur Selbsthilfe - was tun, falls es Schwierigkeiten gibt, Menschen zur Übersiedlung in ein Heim zu bewegen
- Einrichtung ständiger Informations- und Notrufstellen für geriatrische Notfälle

Lebensqualität und nachhaltiges Wirtschaften

Die Corona-Krise hat viele Entwicklungen der letzten Jahre verschärft und neue Herausforderungen geschaffen. Die Tendenz zur Zentralisierung und Konzentration hat strukturelle Veränderungen eingeleitet, deren Auswirkungen auch die Bewohner*innen und Wirtschaftstreibenden der Josefstadt empfindlich treffen. Der immer härter werdende Wettbewerb um den günstigsten und größten Standort innerhalb und außerhalb der Stadtgrenzen bewirkt, dass sich immer größere Betriebe ansiedeln. Dies schöpft die vorhandene Kaufkraft aus den Bezirken ab. Vielen lokalen Kleinbetrieben entzieht das die Existenzgrundlage. Darüber hinaus trägt diese Entwicklung dazu bei, dass der motorisierte Individualverkehr immer mehr zunimmt und die Verkehrsprobleme in der Stadt verschärft, da z. B. diese Shoppingcenter und Multiplex-Kinos fast nur mit dem Auto erreichbar sind. Die Anti-Corona-Maßnahmen treffen viele Betriebe hart, so dass viele, v. a. kleinere Betriebe wie sie für die Josefstadt typisch sind, um ihre Existenz bangen.

Es ist Aufgabe grüner Politik, dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die Voraussetzungen zu schaffen, um die im Bezirk gewachsene, kleinteilige Struktur zu erhalten und zu fördern. Nur so können wir die hochwertige Nahversorgung sicherstellen, die ein wesentlicher Faktor der Lebensqualität im Bezirk ist. Eine Begegnungszone Josefstädter Straße ist daher auch als Teil einer aktiven Wirtschaftspolitik zu verstehen, welche die kleinteilige, regionale Vielfalt in der Josefstadt unterstützt. Ebenso kommt eine Förderung der Nebenlagen und die damit verbundene Minimierung der Wege nicht nur den älteren Menschen, Eltern mit Kleinkindern, Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder Nichtautofahrer*innen zugute. Sie hat zudem auch verkehrsberuhigende Auswirkungen. Es gilt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Betriebsansiedlungen im Bezirk attraktiv machen, bürokratische und finanzielle Belastungen minimieren, nachhaltige Konzepte fördern und so auch beschäftigungspolitisch als Absicherung gegen konjunkturelle Schwankungen wirken.

Um die Wirtschaft in der Josefstadt nachhaltig zu stärken, fordern wir:

- Erhaltung und Verbesserung der Nahversorgung durch die Errichtung einer Fußgänger*innen- und Begegnungszone Josefstädter Straße
- Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts für den Bezirk
- Erarbeitung eines Wirtschaftskonzepts für den Bezirk speziell für die Förderung innovativer und nachhaltiger Startups
- Eine bezirksbezogene Wirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung, die sich an Kriterien wie Nachhaltigkeit, Sicherstellung der Nahversorgung auch in Nebenlagen, Kleinteiligkeit und Wegeminimierung orientiert und

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.

- Eine bezirksbezogene Wirtschaftsförderung und öffentliche Beschaffung, die Betriebsansiedlungen v. a. für Kleingewerbetreibende z. B. durch geeignete Maßnahmen und Förderungen im Bereich der Mieten von Geschäftslokalen attraktiv macht
- Den Aufbau eines gemeinsamen Images für die Josefstädter Wirtschaft sowie die Förderung und Unterstützung der Josefstädter Geschäftsleute bei gemeinsamen Werbemaßnahmen und einem gemeinsamen Internetauftritt
- Ausbau und Förderung erneuerbarer Energien mit Hilfe innovativer Finanz- und Beteiligungsinstrumente
- Beratungsstelle zur weiteren Ökologisierung von Betrieben in der Josefstadt
- Gegen die Kommerzialisierung öffentlichen Raums bei genauen Einzelfallprüfungen
- Gastronomie in der Josefstadt: Saison für Schanigärten auf der Fahrbahn von Mitte Juni bis Mitte September verlängern
- Die Schaffung einer Wirtschaftskommission im Rahmen der Bezirksvertretung
- Eine Anlaufstelle für die Wirtschaft, welche die Aktivitäten von bereits in verschiedenen Vereinen organisierten Betrieben koordiniert, insbesondere der drei großen Einkaufsstraßenvereine Josefstädter Straße, Alser Straße, Lerchenfelder Straße sowie noch nicht organisierte Betriebe einbezieht
- Eine Anlaufstelle, die eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Wirtschaftskammer, Bezirksvertretung, Kulturvereinen usw. fördert
- Eine solche Stelle ist auch für die identitätsstiftende Kultur- und Kreativwirtschaft in der Josefstadt zu schaffen
- Beratungsangebote im Rahmen z. B. in Fragen der Auslagengestaltung, des effizienten Einsatzes von Energie, der Nutzung des Internets etc.
- Die Einrichtung einer „Betriebsnachfolger*innen-Börse“, um den Weiterbestand bestehender Betriebe und die Vermittlung von leer werdenden bzw. stehenden Geschäftslokalen zu ermöglichen
- Die Einbeziehung der Josefstädter Geschäftsleute in kulturelle Aktivitäten wie „Grätzelfeste“ zur Belebung des Bezirks
- Vorhandener bzw. neue Studien als Entscheidungsgrundlage für gezielte Fördermaßnahmen wie etwa die Erhebung des Branchenbestands sowie des Branchenbedarfs in der Josefstadt nutzen
- Die Revitalisierung der gürtelnahen Regionen durch die Errichtung einer Kultur- und Fußgänger*innenzone im Gebiet Breitenfeldergasse, Laudongasse, Bennogasse, Blindengasse sowie die Ansiedlung und Förderung junger und innovativer Dienstleistungs- und Kulturbetriebe in dieser Gegend

Soweit im Text personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf sämtliche Geschlechter in gleicher Weise.